

Studienstrukturreform: Professoren und Studenten erheben Einspruch

Am 26.01.1993 hat der Wissenschaftsrat der Bundesregierung Vorschläge zur Reform des Hochschulwesens unterbreitet. Gleichzeitig arbeiten Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz an einer Hochschulreform, die die Struktur des deutschen Hochschulwesens nachhaltig verändern wird.

Die Hochschullehrer und Studenten wurden zu keiner Zeit in die Planung der Studienstrukturreform miteinbezogen.

Konkret sind folgende Veränderungen geplant:

- Berufsqualifizierendes und wissenschaftliches Studium sollen getrennt werden. Nach einem Kurzstudium mit Abschlussprüfung zur Berufsbefähigung kann ein Promotionsstudium oder Graduiertenkolleg belegt werden. Zulassungskriterium soll neben hervorragenden Abschlußnoten eine kurze Studienzeit - als Maß für wissenschaftliche Qualifikationsein.
- Der Inhalt der Studiengänge wird auf Berufsqualifikation beschränkt.
- Bestehende Aufbaustudiengänge sollen abgeschafft, neue nicht mehr genehmigt werden.
- Fächerwechsel und Zweitstudium sollen eingeschränkt werden.
- Eine Höchststudienzeit soll eingeführt werden. Der zügige Studienablauf wird gewährleistet durch Sanktionen (Zwangsexmatrikulation nach Regelstudienzeit +4 Semester, Strafgebühren etc.).
- Für Zwischen- und Abschlußprüfung sollen feste Termine vorgeschrieben werden. Nach dem 4. Semester muß die erste Zwischenprüfung absolviert werden, sonst gilt sie automatisch als nicht bestanden, nach 8 Semestern die erste Abschlußprüfung.
- Studiengänge an allen Universitäten sollen durch zentral festgelegte "Rahmeneckdaten" vereinheitlicht und bis ins Detail reglementiert werden.

Studenten und Professoren sehen darin folgende schwerwiegende Konsequenzen:

- Eines der wichtigsten und fruchtbarsten Prinzipien der deutschen Hochschullandschaft, die Einheit von Forschung und Lehre, wird stillschweigend endgültig abgeschafft.
- Die meisten Studenten werden keine Chance mehr haben, wissenschaftliches Denken und Arbeiten kennenzulernen.

- Der wissenschaftliche Nachwuchs wird ausgedünnt; es stehen wenige Kandidaten für eine Forscherlaufbahn zur Verfügung. Eine solche Verringerung des Angebotes wird zwangsläufig einen Verfall der Qualität der Forschungsarbeit und Lehre mit sich ziehen.
- Interdisziplinarität zu verwirklichen ist nicht mehr möglich. Es wird ausgeschlossen, Sichtweisen eines benachbarten Faches, seine Modelle und Methoden, seine Fragestellungen und Probleme kennenzulernen und zum eigenen Fach in Beziehung zu setzen.
- Das Studium kann nicht mehr den eigenen Interessen gemäß gestaltet werden, d.h. es ist nicht mehr möglich, sich eigene Lernziele zu setzen, sich inner- und außeruniversitär zu engagieren, das Studium mit eigenen Erfahrungen und Bedürfnissen zu verbinden.

In den Vorschlägen zur Studienzeiterkürzung (sog. Studienstrukturreform) ist nirgendwo von Bildung die Rede; man sorgt sich allenfalls um die "Qualität der Ausbildung (Berufs- und Wettbewerbsfähigkeit)".

Die Möglichkeiten, die über das Pflichtprogramm, die bloße Berufsausbildung und Praxisanwendung hinausgehen, tragen wesentlich dazu bei, daß sich Universität und Berufsschule unterscheiden. Dieser universitäre Weg der Horizonterweiterung ist jedoch keineswegs ein teurer und überflüssiger Luxus: unsere Gesellschaft ist auf gebildete, verantwortungsbewußte Menschen angewiesen; unflexibles und unkritisches Fachidiotentum hat keine Zukunft!